

Mehr Härte gegen Islamisten

VON CHRISTIAN SCHWERDTFEGER

Muslimische Schüler, die Gebetsräume und Regeln der Scharia in ihren Schulen einfordern; Jugendliche, die sich im Internet zu Anschlägen verabreden; junge Menschen, die aus Deutschland ausreisen wollen, um sich den Kämpfern des Islamischen Staats anzuschließen: Die Sicherheitsbehörden beobachten mit großer Sorge, dass in Nordrhein-Westfalen immer mehr junge Menschen den Hassbotschaften von Islamisten-Prädigern, die sich als Influencer in sozialen Medien tarnen, folgen und deren radikale Ansichten vertreten, verbreiten und in die Schulen hineinbringen.

Dabei kann längst nicht mehr die Rede von Einzelfällen sein. Für die meisten muslimischen Schüler ist der Koran mittlerweile wichtiger als deutsche Gesetze, wie unlängst eine Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts in Niedersachsen zeigte. Landesweit bis in ländlichste Regionen hat sich der Islamismus schon ausgebreitet. So gelten das Münsterland, Siegen und Ostwestfalen-Lippe mittlerweile auch als Hotspots der islamistischen Szene in NRW. Und dabei können die Islamisten fast uneingeschränkt agieren. Unverhohlen fordern sie auf Demonstrationen die Schaffung eines Kalifats in Deutschland, bedrohen Politiker und Journalisten, hetzen auf Kanälen wie Tiktok gegen die Demokratie und das Grundgesetz. Und was macht der Staat dagegen? Er lässt die Islamisten weitestgehend gewähren. Längst überfällige Verbote von Organisationen wie „Muslim Interaktiv“ sind immer noch nicht vom Bundesinnenministerium erfolgt.

Nur Prävention allein wird nicht reichen, um den Islamismus wieder zurückzudrängen. Die Sicherheitsbehörden benötigen dringend mehr rechtliche Befugnisse. Und islamistische Demonstrationen, die sich gegen den Staat richten, müssen gesetzlich verboten werden. Der Staat darf nicht länger Schwäche zeigen. Denn das nutzen die Islamisten aus.

Angemessene Strafe für einen Provokateur

VON MARTIN KESSLER

Die AfD und insbesondere ihr Rechtsaußen Björn Höcke haben eine gewisse Meisterschaft darin entwickelt, extreme Botschaften zu versenden, ohne sie konkret aussprechen zu müssen. Der SA-Slogan „Alles für Deutschland“ ist so ein Fall. Es mag wie ein übertriebener Motivationsruf daherkommen. Mit der Anspielung auf die Nazi-Parole signalisiert der Redner aber seinem Publikum, was er wirklich denkt und vorhat.

Für ein Gericht ist es dann nicht leicht, zwischen strafbarer Handlung und zulässiger Meinungsäußerung zu unterscheiden. Und die Schwere der Tat zu bewerten. Zumal wenn – wie im Fall Höcke – der Delinquent völlig ahnungslos tut und gewisse Zeugen die Bedeutung des Spruchs für die Zeit des Nationalsozialismus herunterspielen.

Trotzdem ist es richtig, bei eindeutigen Bekundungen wie „Alles für Deutschland“, „Unsere Ehre heißt Treue“ oder „Sieg Heil“ restriktiv vorzugehen. Der SA-Spruch „Alles für Deutschland“ ist eben nicht harmlos und ein bisschen übermotiviert, sondern bedeutet die Unterdrückung anderer Meinungen und die finale Ausschaltung des politischen Gegners.

Allerdings hat das Landgericht in Halle mit der Geldstrafe von 13.000 Euro Mäßigkeit gezeigt. Auch wenn Höcke jetzt als vorbestraft gilt. Eine Bewährungsstrafe von sechs Monaten, wie sie der Staatsanwalt forderte, wäre zu hart gewesen. Ein Nazi-Spruch allein darf noch nicht potenziell ins Gefängnis führen. Dafür ist mehr nötig.

Es wird ohnehin immer eine Gratwanderung bleiben. Denn die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut, das sich nicht allein auf vernünftige Ansichten (wer will die auch festlegen?) bezieht. Völlige Sicherheit vor demokratiefeindlichen Handlungen gibt es eben nicht. Aber rote Linien dürfen und müssen gezogen werden. Das hat das Gericht mit der maßvollen Strafe getan.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

ANALYSE In Belgien finden im Juni nicht nur die EU- sondern auch die Parlamentswahlen statt. Alle Umfragen sehen den rechtsextremen Vlaams Belang vorne. Das könnte das politisch komplexe Land in eine Krise stürzen.

Ein brisanter Wahltag

VON TOBIAS MÜLLER, AMSTERDAM

Der 9. Juni wird auf dem ganzen Kontinent mit Spannung erwartet. Die EU-Wahlen sind richtungsweisend für die Zukunft Europas. Nirgends aber steht ein solcher Super-Wahltag bevor wie in Belgien: In dem politisch komplexen Königreich wird nämlich zugleich über ein neues Parlament und die Regionalparlamente der mächtigen Regionen Flandern, Wallonien und Brüssel neu abgestimmt.

Aus internationaler Perspektive verschwindet all dies hinter der Frage, wie sich künftig EU-Parlament und -Kommission zusammensetzen. Dabei bietet auch die belgische Konstellation jede Menge Brisanz. Was wiederum mit einem Thema zu tun hat, das auch auf europäischer Ebene im Fokus steht: dem Aufmarsch rechtsextremer, identitärer Parteien. Dem flämisch-nationalistischen Vlaams Belang (VB), der den nördlichen Landesteil am liebsten unabhängig sähe, bescheinigen die Umfragen nicht weniger als einen Erdrutschsieg.

Streng genommen bezieht sich diese Prognose auf die Region Flandern, denn das föderale, also gesamtbelgische Ergebnis setzt sich aus jenen der getrennten Wahlen in den niederländisch- und französischsprachigen Landesteilen zusammen. In Flandern liegen die Rechtsextremen, die auf europäischer Ebene mit der AfD kooperieren, derzeit bei gut 27 Prozent der Stimmen. Es folgt die bürgerlich-rechte, ebenfalls flämisch-nationalistische Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA) mit gut 20 Prozent. Die N-VA, die das Land in eine Konföderation noch mächtigerer Regionen umbauen will, war vor zehn Jahren ähnlich dominant, ehe sie von den Rechtsextremen überholt wurde.

Die übrigen Parteien, Christ- und Sozialdemokraten mit knapp über, die

Liberalen gar unter zehn Prozent, sind dagegen in der Wählergunst seit Langem abgehängt. Auffällig ist lediglich die marxistische Partij van de Arbeid (PVDA), die ihren Stimmenanteil seit der letzten Wahl 2019 auf knapp zehn Prozent fast verdoppeln könnte – überaus bemerkenswert im traditionell stark rechts dominierten Flandern. Ganz anders das Stimmungsbild im wallonischen Süden: Wie üblich liegt hier die Parti Socialiste (PS) vorne, die mit rund 21 Prozent aber auf deutliche Verluste zusteuert. Knapp dahinter folgt der liberale Mouvement Réformateur (MR). Dem Parti du Travail de Belgique (PTB), der frankofone Teil der PVDA, werden etwa 15 Prozent vorhergesagt.

Fraglich scheint derzeit nur, wie hoch der Sieg des Vlaams Belang ausfällt, dem Nachfolger des 2004 wegen Rassismus verurteilten Vlaams Blok. In der föderalen Regierung wird die Partei damit trotzdem nicht landen: Zum einen gibt es in Belgien seit 1989 eine Absprache der übrigen Parteien, nicht mit den Rechtsextremen zusammenzuarbeiten. Doch auch ohne das würde sich im frankofonen Süden keine Partei finden, die an einer Regierung mit dem Vlaams Belang teilnehmen würde.

Hiermit wären wir mitten in den Feinheiten und komplexen Details belgischer Politik: Normalerweise bemüht man sich nämlich um eine Koalition, die in beiden Sprachgebieten eine Stimmenmehrheit hat. Schon die aktuelle des liberalen Premierministers Alexander De Croo jedoch konnte dem nicht entsprechen: Die Sieben-Parteien-Regierung aus Liberalen, Sozialdemokraten und Grünen beider Sprachgruppen sowie der flämischen Christdemokraten war eine Notlösung, da die beiden stärksten flämischen Parteien, damals N-VA und VB, im Süden indiskutabel waren.

Als sicher gilt damit, dass es auch

INFO

So funktioniert die Europawahl

Wahlberechtigte Mehr als 400 Millionen EU-Bürgerinnen und EU-Bürger aus den 27 Mitgliedstaaten sind Anfang Juni aufgerufen, die Abgeordneten des Europäischen Parlaments zu wählen. In Deutschland gibt es 64,9 Millionen Wahlberechtigte. 4,1 Millionen davon sind Bürger aus anderen EU-Staaten. In Deutschland liegt das Mindestalter für die Stimmabgabe in diesem Jahr zum ersten Mal bei 16 Jahren, genauso wie in Belgien, Österreich und Malta.

Datum Gewählt wird über vier Tage – in Deutschland wie in den meisten anderen EU-Ländern am Sonntag, 9. Juni.

Kandidaten Länderübergreifende Kandidatenlisten gibt es für die Europawahl nicht. Die Bürger wählen meist in ihrem Heimatland. Leben sie in einem anderen EU-Staat, können sie alternativ für dortige Kandidaten stimmen. Das Europaparlament hat seit dem EU-Austritt Großbritanniens 705 Abgeordnete. Nach den Wahlen im Juni soll das Parlament auf 720 Sitze wachsen.

Wahl-O-Mat Auch diesmal gibt es im Vorfeld der Europawahl wieder den Wahl-O-Mat. Um zum Fragebogen weitergeleitet zu werden, einfach den QR-Code mit dem Smartphone scannen. (mit app)



Ein Wahlsieg dürfte die Gräben innerhalb Belgiens vertiefen – auch zwischen den Sprachgruppen

WISSENSDRANG

Befreit Palästina von deutscher Schuld, so lautet seit Beginn des Gaza-Krieges eine verbreitete Parole. „Die Deutschen versuchen, sich von ihrer Schuld zu entlasten“, so kommentiert es der slowenische Philosoph Slavoj Žižek, „indem sie israelisches Unrecht an einer anderen Gruppe befürworten! Die deutsche Besessenheit, auf der richtigen Seite zu stehen, bekommt eine dunkle Kehrseite“.

Hier könnte man antworten: Es mag ja sein, dass die deutsche Wahrnehmung des Palästina-Konflikts auch der Schuldentlastung dient und Blindheiten erzeugt. Aber das gilt für beide Seiten. Wie Ulrich Guttmair in der „Taz“ diagnostiziert hat, entlasten sich recht viele Deutsche seit den 70er-Jahren „gerade nicht durch die Identifikation mit Israel und seiner jüdischen Bevölkerung – sondern durch die Identifikation mit den Palästinensern“. Man freut sich, dass die Juden den Status der unschuldigen passiven Opfer verloren haben und möchte sie am liebsten als Faschisten sehen. Man könnte auch etwas schärfer antworten: Wenn wir einäugig sind, seid ihr ganz blind. Euch geht es nicht wirklich um die Palästinenser, sondern ihr wollt euch durch blinde Solidarität von der Schuld des kolonialen Erbes befreien – nach einer lebensfremden Ideologie, die die Menschheit in Gut und Böse, weiße Kolonialisten und schwarze Opfer einteilt und Israel auf die böse Seite der weißen Kolonialherren stellt. In dieser Wahnvorstellung erscheint dann sogar die brutale Ermordung von Frauen und Babys als

Palästina und deutsche Schuld

Den Deutschen wird oft falsche Rücksichtnahme auf Israel vorgeworfen.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

Befreiungskampf. Man kann aber auch nach dem Körnchen Wahrheit fragen, das in den wirren Parolen verborgen sein könnte. Sicher, in Deutschland fehlt es nicht an Mitgefühl für das Leid der Palästinenser in Gaza. Aber in den letzten Monaten wurden renommierte Wissenschaftlerinnen wie Nancy Frazer von Universitäten ausgeladen, weil sie kritische politische Aufrufe gegen Israel unterzeichnet hatten. Das ist keine gute Wissenschaftspolitik und schadet dem internationalen Ansehen Deutschlands.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Biochemikerin Birgit Strodel ab.